

2. **Konkrete Umsetzungsprojekte bis 2027**

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig umsetzbare Kooperationsprojekte zu identifizieren, insbesondere:

- Aufbau einer gemeinsamen Beschaffungsstruktur
- Intensivierung der IT-Zusammenarbeit (z. B. gemeinsames Rechenzentrum)
- Kooperation im Bereich Bauhof / Winterdienst
- Ausbau gemeinsamer Ausbildungsangebote für Feuerwehr und Rettungsdienste

3. **Machbarkeitsstudien für strukturelle Kooperationen**

Für folgende Bereiche sind bis spätestens 2027 belastbare Machbarkeitsstudien vorzulegen:

- Gemeinsames Gesundheitsamt
- Gemeinsame Kulturverwaltung / -koordination
- Ausbau gemeinsamer Ausbildungsstrukturen für Feuerwehr und Rettungsdienste

4. **Finanzielle Bewertung und HSK-Verankerung**

Alle Maßnahmen sind mit konkreten Einsparpotenzialen, Investitionsbedarfen und Zeithorizonten zu hinterlegen und verbindlich in die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts zu integrieren.

5. **Interkommunale Steuerungsstruktur**

Es wird eine dauerhafte interkommunale Steuerungsgruppe mit den Partnerstädten eingerichtet, die halbjährlich dem Rat Bericht erstattet.

Begründung

Die Stadt Wuppertal steht weiterhin vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die kommunale Aufgabenerfüllung, während Fachkräfte zunehmend knapp werden.

Die bisherige Zusammenarbeit im Bergischen Städtedreieck bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück. Durch eine systematische und verbindliche Ausweitung interkommunaler Kooperationen können erhebliche Effizienzpotenziale gehoben werden.

Insbesondere in Bereichen mit hohen Fixkosten – wie IT, Verwaltung oder technischen Diensten – sowie in der Ausbildung kostenintensiver Einsatzkräfte lassen sich durch Skaleneffekte und Spezialisierung nachhaltige Einsparungen erzielen.

Die gemeinsame Ausbildung von Feuerwehr- und Rettungskräften bietet dabei ein besonders praxisnahes und politisch umsetzbares Kooperationsfeld. Durch gebündelte Trainingsinfrastruktur, abgestimmte Standards und gemeinsame Lehrgänge können Qualität und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen verbessert werden.

Wichtig ist dabei: Interkommunale Zusammenarbeit ist kein reines Sparinstrument, sondern ein strategischer Ansatz zur Modernisierung der Verwaltung.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen verbinden kurzfristig realisierbare Projekte mit mittel- und langfristigen Strukturreformen. Sie leisten damit einen konkreten Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts im Rahmen des HSK.

Die konkreten finanziellen Auswirkungen sind im Rahmen der beauftragten Prüfungen zu quantifizieren.

Erfahrungen aus vergleichbaren Kooperationen zeigen jedoch:

- Einsparpotenziale im Bereich Verwaltung/IT von bis zu 10–20 %
- deutliche Effizienzgewinne bei Beschaffung und Betrieb
- langfristige Entlastung der Haushalte durch Vermeidung von Doppelstrukturen

Die systematische Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit ist ein zentraler Baustein zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung.

Das Bergische Städtedreieck bietet hierfür ideale Voraussetzungen – diese gilt es jetzt konsequent zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin van der Most
Fraktionsvorsitzende